

Revolution - Räte

Die Aufgaben des Proletariats

... das sozialistische Proletariat tritt, dank der Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus, in seine Revolution ohne alle Illusionen ein, mit fertigem Einblick in die letzten Konsequenzen seiner historischen Mission, in die unüberbrückbaren Gegensätze, in die Todfeindschaft zur bürgerlichen Gesellschaft im ganzen. Es tritt in die Revolution ein, nicht um gegen den Gang der Geschichte utopistischen Hirngespinnsten nachzujagen, sondern, gestützt auf das eherner Triebwerk der Entwicklung, zu vollbringen, was das Gebot der geschichtlichen Stunde ist: den Sozialismus zur Tat zu machen. Was das Proletariat braucht, ist die gesamte politische Macht im Staate, ist der Gebrauch dieser Macht zur rücksichtslosen Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums, der Lohnklaverei, der bürgerlichen Klassenherrschaft zum Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung

R. Luxemburg, „Rote Fahne“ Nr. 9, 12. November 1918.

Die Rolle der Arbeiterräte in der deutschen Revolution

Grundsätzliches

Die Räte sind die Kampforganisationen der um ihre wirtschaftliche und politische Befreiung, um die sozialistische Gesellschaft ringenden Arbeiterschaft. Bisher hat noch jede revolutionäre Klasse sich die zur Durchführung ihres Kampfes notwendigen Formen geschaffen, die revolutionäre Bourgeoisie seinerzeit z. B. den Parlamentarismus. Es spricht daher jeder geschichtlichen Erfahrung Hohn, wenn jetzt sogar sich sozialistisch nennende Theoretiker

und Politiker dem Proletariat einreden wollen, durch parlamentarische Reden und Beschlüsse könne es zum Ziele gelangen. Der Parlamentarismus, mag er auch in der schönsten, nach dem demokratischen Wahlrecht gewählten Nationalversammlung wieder auferstehen, ist darum doch schon längst aus einer einst revolutionären Errungenschaft der Bourgeoisie zu ihrem gegenrevolutionären Bollwerk geworden.

Das Rätssystem steht seiner Entstehungs- und seiner Wirkungsweise nach in bewußtem Gegensatz zum Parlamentarismus; es muß und wird ihn ablösen.

Das Parlament erfaßt entsprechend der Auffassung der Bourgeoisie von der Gleichheit aller, jedes einzelnen vor dem Gesetz, — den „Staatsbürger“, den Menschen in seiner Vereinzelung, ohne Rücksicht auf seine Stellung im Produktionsprozeß. Das Rätssystem erfaßt entsprechend der Auffassung des Sozialismus von der wert-erzeugenden, aber noch kapitalistisch ausgebeuteten Arbeit, — den werktätigen Menschen, dort, wo er produktiv tätig ist, im Betrieb, in der Fabrik, unmittelbar in seiner Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft.

Der Parlamentarier wird von den vielen einzelnen gewählt in feierlichem Verfahren, nach tollster Agitation. Er erhält sein Mandat auf längere Zeit und ist so lange dem Einfluß seiner Wähler entzogen. Der Delegierte der Räte stammt unmittelbar aus der tätigen Betriebsgemeinschaft und kann jederzeit von ihr zurückgeholt werden, wird also dauernd von ihr kontrolliert. Das Rätssystem läßt somit im Gegensatz zum Parlamentarismus den Willen des Wahlkörpers unmittelbar und jederzeit in Erscheinung treten.

Das Parlament ist nur Gesetzgebungsmaschine, die ausführende, die richterliche Gewalt ist ihm entzogen. Die Räte sind grundsätzlich die Träger der gesamten ungetrennten wirtschaftlichen und staatlichen Gewalt; sie verwalten ihre verschiedenen Zweige durch verschiedene aus ihrer Mitte gebildete Kommissionen. Das Rätssystem kennt die aus dem bürgerlichen Staatsrecht stammende Lehre von der Trennung der Gewalten nicht mehr.

Zusammengefaßt: Der Parlamentarismus ist ein wichtiger Bestandteil im Mechanismus des bürgerlichen Staates, bestimmt zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung. Das Rätesystem ist die Organisation des revolutionären Proletariats, das bestimmt ist, die Ausbeutung aufzuheben und die sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

Aus dem „Kampf-Flugblatt der KPD.“ vom 29. April 1919.

Die Rolle der Arbeiterräte in der deutschen Revolution

Die deutsche Revolution erhält in ihrem ersten Teil überhaupt ihr charakteristisches Gepräge durch die immer heftiger werdende Auseinandersetzung zwischen dem revolutionären Proletariat und der früher von ihm selbst geschaffenen Organisationsform und ihren Trägern. Der Kampf um die Räte ist nur ein Teil, allerdings der wichtigste, dieser Generalauseinandersetzung. Die Räte können nicht eher wirksam werden, ehe nicht die alte vorrevolutionäre Organisationsform des Proletariats zerschlagen, durch die Revolution selbst zur neuen Kampf- waffe umgeschmolzen ist. Die deutsche Arbeiterschaft kann nicht eher die Fesseln des Kapitalismus zerbrechen, ehe sie nicht die selbstgeschmiedeten Fesseln der alten Partei und Gewerkschaften zerbrochen hat.

Die Partei- und Gewerkschaftsbeamten, die von ihnen nach allen Regeln der Kunst ausgebildeten bürokratischen Organisationsformen sind längst zu einem unerträglichen Hemmnis des Klassenkampfes geworden. Als verknöcherte, feig-brutale Aktenmenschen halten diese Leute ihre Tätigkeit, sich selbst, die von ihnen geheizte Partei- maschinerie für unentbehrlich. Unentbehrlich ist sie aber nur noch für ihre eigene Existenz. Diese echten Bürokraten hassen gleich ihren, ihnen seelenverwandten bürgerlichen Kollegen jede Berührung mit dem wirklichen Leben, den lebendigen Kampf der Geister. Geistlos und dumm, nur auf die Routine der ständig sich wiederholenden Büroarbeit eingestellt, dulden sie niemanden in

ihrer Mitte, der die geringste Mittelmäßigkeit auch nur um weniges überschreiten könnte. Neue Gedanken, die Räte, bringen Unruhe, und Störung ist diesen Herrschaften verpönt.

Kampfbblätter der KPD., Nr. 3, 6. Mai 1919.

Die Stellungnahme Karl Liebknechts

Man hat mich gefragt, warum ich nicht in die Regierung eingetreten bin. Die Antwort ist einfach. Ich stellte — unter anderem — zur Bedingung, daß die gesetzgebende, ausübende, richterliche Gewalt ausschließlich in den Händen der Soldaten- und Arbeiterräte sein und bleiben müsse. Diese Bedingung wurde von den Mehrheitssozialisten abgelehnt. Man suchte mich zu bewegen, mit mir handeln zu lassen. Ich lehnte jede Konzession ab. Kurzum, ich bin nicht in die Regierung eingetreten, weil ich für sie, für die A.- und S.-Räte, die allein entscheidende politische Macht forderte.

Besitzen die A.- und S.-Räte gegenwärtig wirklich alle politische Macht? Von vornherein sind nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch politische Machtpositionen in den Händen der herrschenden Klasse geblieben. Und was sie davon verloren hatten, haben sie mit Hilfe der jetzigen Regierung zum größten Teile wieder gewinnen können: die Offiziere sind wieder in ihre Kommandogewalt eingesetzt, die alte Bürokratie hat ihre Funktionen wieder übernommen — unter der Kontrolle zwar, aber unter einer Kontrolle, deren Wirksamkeit notwendig mehr wie zweifelhaft ist; denn der kontrollierende Proletarier wird von dem geriebenen Bourgeois im Handumdrehen über den Löffel barbiert.

Rede vom 26. November 1918.

Nicht um Reformen!

Maitag der Revolution

Erster Mai 1919! Der erste Maitag der deutschen Revolution! Wir feiern ihn nicht als Siegesfest, als stolze

Rückschau auf bereits Erreichtes. Ein Rüsttag zu neuem Kampf ist er uns, ein Tag der Kampfansage an alle Verräter der Revolution, an alle Halben und Lauen, die sich dem Befreiungsringen des Proletariats entgegenstellen.

Kapitalisten, Kleinbürger, Konservative und Demokraten, vor allem aber die Ebert-Scheidemann-Noske — sie alle sind Feinde des Mai. Sie haben unsere Besten gemordet, Leichen über Leichen gehäuft, durch Willkür und Belagerungszustand alle Freiheit geknebelt, Führer und Freunde ins Gefängnis geworfen. Vergebliche Mühe! Das Proletariat lebt und feiert trotz allem seinen Mai des Kampfes. Vergeblich wollen sie den Weltfeiertag des Proletariats zum Allerweltsfeiertag machen. Aber wir feiern ihnen zum Trotz unseren Kampftag, wir, die Verfolgten und trotzdem die Sieger.

Was hilft ihnen ihr Feiertag — sie bleiben doch die Unterdrücker, die Verräter, die Henker der Revolution.

Sie prangen mit ihrem Achtstundentag. Uns geht es nicht mehr um acht Stunden, um kärgliche Reförmchen am Kapitalismus, uns geht es um die Ganze, um die Befreiung des Arbeiters, des arbeitenden Menschen aus der kapitalistischen Frohn.

Aus dem „Kampf-Flugblatt“ der KPD. vom 29. August 1919.

Unsere Aufgaben!

Klar und unzweideutig den Massen unsere Meinung sagen: Besserung innerhalb des kapitalistischen Systems unmöglich. Alle Reformvorschläge führen nur zur Stützung des kapitalistischen Systems. Aber nicht stützen, sondern stürzen. Rücksicht auf die augenblickliche Stimmung der Massen können und dürfen wir nicht nehmen. Wir wollen nicht der Masse nachlaufen, sondern vorangehen. Wir unterstreichen immer noch die Worte von Rosa Luxemburg:

„Freilich lassen Revolutionen sich nicht auf Kommando machen. Dies ist auch gar nicht die Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist es nur, jederzeit unerschrocken auszusprechen, was ist, d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Moment vorzuhalten, und das politische Aktionsprogramm und die Losungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen. Erfüllt er in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfesselung der revolutionären Elemente der Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktionen bei. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft versagen, schafft er sich, wie es sich am Schluß der Rechnung stets und unweigerlich herausstellt, eine moralische und politische Position, deren Früchte er später, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, mit Zinseszinsen einheimst.“

R. Luxemburg: Spartakusbriefe, 8. Aug. 1917, Brennende Zeitfragen.

Demokratie-Diktatur

Einst:

Lenin gegen die USP.

Die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats versöhnen, sie miteinander vereinen! Wie einfach das ist! Welch eine genial-philisterhafte Idee!

Es ist bloß schade, daß unter Kerenski sie die vereinigten Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich für Sozialisten halten, bereits erprobt haben.

Wer bei der Lektüre von Marx nicht begriffen hat, in jedem kritischen Moment, daß bei jedem ernststen Zusammenstoß der Klassen entweder die Diktatur der Bourgeoisie oder die Diktatur des Proletariats sein wird, der hat weder von der ökonomischen noch von der politischen Lehre

Jetzt:

Die „Diktatur“ des Ehrenvorsitzenden der 3. Internationale

Ist es Hochverrat, wenn wir von der Regierung verlangen, daß sie ein Bündnis mit Sowjetrußland schließt? Wir haben in den verschiedensten Lagen bewiesen, daß es uns nicht darum zu tun ist, in die Regierung zu kommen. Wir wollen erst die Macht, wenn wir die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter uns haben, und zwar durch gewählte Räte. Wir können doch kein Räte-system errichten ohne Räte! Die Diktatur des Proletariats wird nicht den zehnten Teil Gewalt anwenden müssen, wie die heutige Regierung. Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung. Sie bedeutet, daß die Macht des Proletariats die Politik bestimmt.

Marx' etwas verstanden.

Lenin: Die 3. Internationale, ihr Platz in der Geschichte. Kommunistische Internationale Nr. 1, 1919.

Lenins Thesen über „Bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“

auf dem Gründungskongreß der 3. Internationale 1919, Abs. 3: „Die Geschichte lehrt, daß noch nie eine bedrückte Klasse zur Macht gelangt ist und gelangen konnte ohne eine Periode der Diktatur, d. h. der Eroberung der politischen Macht und der gewaltsamen Unterdrückung des verzweifeltsten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstandes, welcher immer von den Ausbeutern geleistet wird, durchzumachen.“ Abs. 12: „Die Hauptsache, welche die Sozialisten nicht verstehen und was ihren politischen Verrat am Proletariat darstellt, ist, daß in der kommunistischen Gesellschaft bei einiger Verschärfung des ihr zugrundeliegenden Klassenkampfes es kein Mittelding geben kann, außer der Diktatur des Prole-

Der Profit der Kapitalisten wird durch die Diktatur des Proletariats verboten werden, und das kann ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechtes geschehen. Das ist die Diktatur des Proletariats.

Schlußwort des Parteivorsitzenden Heinrich Brandler vor dem Ausnahmegericht 1921.

Das ist sicherlich „klassisch“, aber auf zwei der markantesten Stellen sei doch noch besonders hingewiesen:

„Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung, und das kann ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechtes geschehen.“

Wir, die Demokraten

Es ist nicht unkommunistisch, die demokratischen Möglichkeiten auszunutzen, es ist sogar in der Theorie möglich, daß eine Arbeiterregierung, die

tariats, oder Diktatur der Bourgeoisie. Jeder Traum von irgend einem Dritten ist eine reaktionäre Lamentation des Kleinbürgers.

noch nicht die Kraft hat, die Weimarer Verfassung zu zerreißen, im Rahmen dieser Verfassung durch die Organe der Arbeiter die Sachwerte erfaßt. Wir müssen Republikaner sein, wir die Demokraten, wenn die anderen keine Republikaner und keine Demokraten sind.

Brandler vor der Funktioniärversammlung der KPD.,
Bezirk Berlin-Brandenburg,
1923.
Rote Fahne v. 11. Febr. 23.

Diktatur des Proletariats

Die Diktatur des Proletariats anerkennen, das heißt nicht: um jeden Preis jeden beliebigen Augenblick zum Sturm, zur Revolte schreiten. Das ist Unsinn. Zum erfolgreichen Aufstand bedarf es einer langen, geschickten, hartnäckigen, große Opfer heischenden Vorbereitung.

Die Diktatur des Proletariats anerkennen, das heißt: entschiedener, erbarmungsloser und hauptsächlich völlig bewußter, durchaus konsequent durchgeführter Bruch mit dem Opportunismus, dem Reformismus, der Halbheit, der Ausweichungen der 2. Internationale; Bruch mit den Führern, die sich von den alten Traditionen nicht lossagen können, mit den alten Parlamentariern (nicht dem Alter, aber den Methoden nach), den alten Beamten der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und dergl.

Mit ihnen muß gebrochen werden. Es ist ein Verbrechen, sie zu bedauern; das heißt wegen kleinlicher Interessen von zehn- oder hunderttausend die tiefgehendsten Interessen vieler Millionen Arbeiter und Kleinbauern verraten.

Die Diktatur des Proletariats anerkennen, das heißt: von Grund aus die Werktagstätigkeit der Partei umbauen, sich in die Massen begeben, zu jenen Millionen von Arbeitern, Knechten und Kleinbauern, die nicht ohne Sowjets, ohne Sturz der Bourgeoisie vor dem Elend des Kapitalismus gerettet werden können. Darüber konkret, einfach, deutlich die Massen, viele Millionen aufklären, ihnen sagen, daß ihre Sowjets alle Macht in die Hände nehmen sollen, daß ihre Vorhut, die Partei des revolutionären Proletariats, den Kampf leiten soll — das ist die Diktatur des Proletariats.

Lenin.

Der Kapp-Putsch

Die Losungen der Kommunisten!

1. Wahl von Betriebs- und Arbeiterräten, die so rasch als möglich zentral für das Reich und die Staaten zusammengefaßt werden. Ihr Zweck: den gemeinsamen Kampf der Proletarier zusammenfassen.
2. Nieder mit der Militärdiktatur Lüttwitz-Kapp!
3. Keine Wiederkehr einer mehrheitssozialistischen bürgerlichen Koalitionsregierung, sei es mit Ebert-Bauer-Noske, sei es mit anderen Verrätern am Proletariat an der Spitze!
4. Keine „reinsozialistische“ Regierung mit Parlament als Grundlage!
5. Keine Wiederkehr der Nationalversammlung oder anderer parlamentarischer Körperschaften! Sondern
6. Herrschaft der Arbeiterräte, kommunistische Räterepublik.

Rote Fahne vom 17. März 1920.

Das gegenwärtige Ziel der Kommunistischen Partei

Der Militärputsch bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich - sozialistischen Koalition. Die weitere politische Entwicklung geht in der Richtung der proletarischen Diktatur, die von der kommunistischen Partei als politische Notwendigkeit erkannt und in den Massen propagiert wurde: Das bedeutet aber nicht, daß wir die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit der Arbeiterschaft wollen!

Die Kommunistische Partei hat immer abgelehnt die Räterediktatur als Diktatur einer Minderheit des Proletariats, sie lehnt diesen Gedanken auch jetzt und in aller Zukunft ab. Die Räterediktatur kann getragen werden

nur von dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft. Dieser Wille kommt zum Ausdruck in den Arbeiterräten. Die Kommunistische Partei wird unter keinen Umständen den Versuch machen, gewaltlos gegen den Willen der Mehrheit im Arbeiterrat die Diktatur zu erzwingen. Sie erklärt von vornherein, daß sie sich jedoch das jeder Partei zustehende Recht vorbehält, innerhalb der Räte und innerhalb der Arbeiterklasse für ihre Ideale mit aller Kraft zu werben. Was sie jedoch dringend fordert, ist die Aufrichtung von Arbeiterräten als die einzige maßgebende Körperschaft, die im Namen der gesamten Arbeiterschaft handeln kann.

Von Anfang an haben wir den Kampf gegen die Militärdiktatur und die Regierung Ebert — Noske geführt, mit dem Ziel, ein politisches Organ der Gesamtarbeiterschaft in Gestalt der Arbeiterräte zu erringen.

Die bewaffnete Auseinandersetzung hat schon begonnen, die Arbeiterräte müssen die militärischen Auseinandersetzungen bis zum politischen Siege der Arbeiterschaft führen.

20. März 1920.

Zentrale der KPD.
(Spartakusbund)

Rote Fahne vom 1. April 1920.

Die „loyale Opposition“!

Erklärung der Zentrale der KPD. (Spartakusbund).

1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zwecke, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke kommunistische

Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD. die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die KPD. sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. **Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben**, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter loyaler Opposition verstehen wir: **Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz**, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.

21. 3. 1920.

Zentrale der KPD.
(Spartakusbund)

Rote Fahne vom 26. März 1920.

Spießbürgerlicher Stumpfsinn und direkter Betrug!

Das ist „loyale Opposition!“

Was sagt die III. Internationale dazu: „3. Angesichts der konkreten Lage, die in der ganzen Welt und vor allem in den vorgeschrittensten, mächtigsten, aufgeklärtesten und freiesten kapitalistischen Staaten durch den Militarismus, den Imperialismus die Abwürgung der Kolonien und schwachen Länder, die imperialistische Weltmetzelei und den „Frieden“ von Versailles geschaffen worden ist, bedeutet jegliche Zulassung des Gedankens an eine friedliche Unterwerfung der Kapitalisten unter den Mehrheitswillen der Ausgebeuteten, an einen friedlichen, reformistischen Uebergang zum Sozialismus nicht nur einen außerordentlichen spießbürgerlichen Stumpfsinn, sondern einen direkten Betrug der Arbeiter, eine Schönfärbung der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verhehlung der Wahrheit.“

Aus: Leitsätze und Statuten der Komm. Int. Beschlossen v. II. Kongreß v. 17. 7.—7. 8. 20 in Moskau.

Der Kampf geht weiter!

Der vorzeitige Abbruch des Generalstreiks trägt seine Früchte. Der Gewerkschaftsbund mit Legien an der Spitze, die Berliner Gewerkschaftskommission mit Rusch als Vorsitzenden und die USP. mit ihrem rechten Flügel, die geglaubt haben, den Sieg der Arbeiterklasse in der Tasche zu haben, merken jetzt, daß nicht nur sie die Arbeiterklasse geprellt haben, sondern daß sie selbst geprellt worden sind.

Rote Fahne vom 27. März 1920.

Vor der Entscheidung!

Antrag der KPD.-Fraktion zur Generalversammlung der Betriebsräte am 27. März 1920.

Die Kommunistische Fraktion der Generalversammlung der rev. Betriebsräte Groß-Berlins hat in Erkennt-

nis dieser Lage, die zu einer Krisis drängt, der am Sonnabend, dem 27. März tagenden Generalversammlung folgenden Antrag vorgelegt:

In Anbetracht der wieder steigenden Gefahren, daß alle Versprechungen der Regierung gegenüber den kämpfenden Arbeitern in der vergangenen Woche nicht erfüllt werden, geschweige die darüber hinausgehenden berechtigten Forderungen des Proletariats auch nur in Erwägung gezogen werden, beschließt die Vollversammlung, noch im Laufe des heutigen Tages durch den Aktionsausschuß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund heranzutreten mit der Aufforderung, bis morgen mittag um zwölf Uhr zu erklären, welche Garantien er dafür geschaffen habe, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft, insbesondere die Entwaffnung der meuternden Truppen, die Auflösung der Reichswehr oder sonstiger konterrevolutionärer Formationen, die Bewaffnung des Proletariats, das Aufhören des weißen Schreckens in Mitteldeutschland, die Unterlassung feindseliger Handlungen gegen das Ruhrrevier und die sofortige Entlassung der für die Sache des Proletariats in Zuchthäusern und Schutzhaft befindlichen Personen erfüllt werden. Kann der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bis morgen mittag solche Garantien nicht geben, so wird die Vollversammlung morgen nachmittag über die Wiederaufnahme des Generalstreiks beschließen.

Rote Fahne vom 28. März 1920.

An diesen Gewerkschaftsbund, von dem es im Leitartikel am Morgen des 27. 3. 20 heißt — s. „Der Kampf geht weiter“ —, daß er geprellt worden ist, wendet man sich noch am selbigen Tage mit der Aufforderung, Garantien für die Arbeiterklasse zu schaffen.

Typisch verseuchte bürgerlich-parlamentarische Politik.

Die Entscheidung!

Die Vollversammlung der Betriebsräte ist um 7 Uhr zusammengetreten. Genosse Wegmann gibt einen kurzen Bericht über die Lage. Daß der Regierung vom Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der Afa und der drei sozialistischen Parteien gestellte Ultimatum wird von der jetzt, 11 Uhr nachts, noch tagenden Kabinettsitzung beraten.

Die Vertreter der Betriebe geben ihre Berichte. Ueberall Kampfesstimmung, in allen Betrieben Bereitschaft für die Brüder im Ruhrrevier den Kampf aufzunehmen. Die Vertreter der Elektrizitäts-, der Gaswerke, die Straßenbahner, alle erklären, daß die Arbeiter siegesgewiß und zielsicher auf den Ruf zum Generalstreik warten.

Um 10 Uhr wird die Sitzung unterbrochen. Die Fraktion der KPD. wird folgende Entschließung einbringen:

Entschließung.

Die Stunde des Handelns ist gekommen. Durch Verhandlungen ist die Arbeiterklasse zu dem selbstmörderischen Abbruch des Generalstreiks gezwungen worden, durch Verhandlungen sind unsere schwer bedrohten Klassengenossen nicht mehr zu retten. Jedes weitere Zögern gibt der Soldateska die Möglichkeit, unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes ein entsetzliches Blutbad anzurichten und auf Umwegen das Ziel des 13. März zu erreichen. Die Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins beschließt:

Die Arbeiter und Angestellten aller Berufe treten morgen sofort in den Betrieben zusammen, um zum Generalstreik Stellung zu nehmen. Die Abstimmungsresultate sind der Vollversammlung, Bötzowbrauerei, mitzuteilen. Die Generalversammlungsdelegierten treten morgen um 2 Uhr wieder zusammen.

Die Parolen sind:

1. Rettung der Arbeiterschaft des Ruhrreviers.
2. Bewaffnung der organisierten Arbeiter.
3. Entwaffnung aller Truppen, die gegen die Arbeiter kämpfen oder gekämpft haben.

Rote Fahne vom 31. März 1920.

Kampfbereit!

Hierauf spricht Genosse Walcher (KPD.). Nach einer kurzen Betrachtung der gegenwärtigen Lage weist Walcher auf die Unmöglichkeit des längeren Andauerns des augenblicklichen Zustandes hin.

In einer Lage wie der gegenwärtigen, in einer Zeit, in der der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in allen möglichen Formen geführt wird, kann es für längere Dauer kein Gleichgewicht zwischen den feindlichen Klassen geben. Die Regierung, deren einziger Stützpunkt die Bajonette der Grauen und Grünen sind, kann die Kompromißpolitik, die sie jetzt führt, nur so lange treiben, als die Soldateska noch schwach ist. Erstarkt sie aber und das geschieht im selben Verhältnis, wie die Revolutionierung der Arbeiter steigt, dann muß es zum nochmaligen, schärfsten Zusammenstoß zwischen Proletariat und Regierung kommen. In diesem Kampfe, ist zu hoffen, werden endgültig jene Illusionen zerstört, die den rückständigen Teil der deutschen Arbeiterschaft heute noch vom wahren revolutionären Ziel abhalten.

Aus dieser klaren Einsicht handeln wir. Wenn wir gestern abend den Streik nicht beschlossen haben, dann nicht aus Aengstlichkeit, sondern aus der nüchternen Erkenntnis, daß die Vorbedingungen für eine geschlossene, mächtige Aktion nicht gegeben sind. Wir werden mit unserer Aktion dann einsetzen, wenn wir es wollen und nicht wenn es unseren Gegnern paßt.

Die Gesamtlage muß von der deutschen Arbeiterschaft mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Wir müssen jeden Augenblick bereit sein, dem Ruf, der an uns ergeht, zu folgen.

Die folgenden Redner lassen aus ihren Ausführungen erkennen, wie schwer es der Arbeiterschaft geworden ist, auf den Generalstreik einstweilen zu verzichten. Zuletzt wird von Däumig folgende Resolution eingebracht und angenommen:

Die Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins verpflichtet sich angesichts der noch bestehenden drohenden Gefahr, die Arbeiterschaft in ständiger Kampf-

bereitschaft zu halten. Sie beauftragt den Aktionsausschuß, alles zu tun, um die Verbindung mit den Klassengenossen in Rheinland und Westfalen und allen anderen Industriegebieten aufrechtzuerhalten, um im gegebenen Fall einen einheitlichen Kampf auf der ganzen Linie zu führen.

Der Aktionsausschuß wird beauftragt, sobald die Situation sich ändert, die Vollversammlung der Betriebsräte einzuberufen.

Rote Fahne vom 1. April 1920.

Das nannte die KPD. klare Einsicht und nüchterne Erkenntnis.

An das Proletariat Berlins!**An das deutsche Proletariat!****Arbeiter! Genossen!**

Das Ultimatum der Ebert-Müller an das Ruhrrevier ist in Ausführung. Das Bielefelder Abkommen, der Friedensschluß von Münster, den die Regierung im Ruhrrevier schloß, waren nur heimtückische Fallen, um Zeit für die Ausführung des längst feststehenden Ueberfalles auf das Ruhrrevier zu gewinnen. Zynisch offen ist das von Severing, dem neuen preußischen Minister des Innern, den Pressevertretern gegenüber zugegeben worden. Die Soldateska, seit Tagen zum Sprung geduckt auf das Proletariat des Ruhrreviers, verhinderte mit teuflischer Berechnung die Ausführung des Bielefelder Abkommens durch die Arbeiter. Sie eröffnete den Angriff auf die Arbeiter, ehe noch das verlängerte Ultimatum abgelaufen war. Die Rückzugswege der Roten Armee wurden von ihr mit Sperrfeuer belegt. Herrmann Müllers Zivilkommissare operieren gemeinsam mit der Soldateska. Ebert-Müller selbst gaben in der Nacht vom 2. auf den 3. April den Watter-Truppen den Marschbefehl. Jetzt rast im Ruhrrevier der weiße Schrecken mit Standgerichten, mit Gasgranaten, mit Brutalitäten ohne Zahl und ohne Maß.

„Gefangene werden nicht gemacht!“ — diese Parole haben die weißgardistischen Offiziere für das Ruhrrevier herausgegeben. Danach handelt ihre Soldateska.

Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, werden auf die Denunziationen der Groß-Bourgeoisie niedergemacht. Die weißgardistische Soldateska behandelt das Ruhrrevier nicht anders, als sie Finnland und die Ukraine behandelt hat.

Die Vorwände für die Entfesselung des weißen Schreckens gegen das Ruhrrevier, angebliche Plünderungen und Gewaltakte einzelner „roter Banden“, sind von den auswärtigen Zeitungskorrespondenten, die sich an Ort und Stelle begeben haben, als dreiste Lügen enthüllt worden.

Geplündert, geraubt, gemordet wird im Ruhrrevier ausschließlich von den Landsknechtshorden der konterrevolutionären Generale. Das vergossene Proletarierblut schreit zum Himmel.

Arbeiter! Genossen! Wen trifft die Blutschuld? — Sie trifft die Watter und ihre Soldateska. Sie trifft die Ebert-Müller, die diese Soldateska losgelassen. Sie trifft die Gewerkschaftsbürokratie und die Mehrheitssozialisten, die dem Proletariat in den Arm fielen, ehe noch wirkliche Garantien gegeben waren für die Unschädlichmachung der konterrevolutionären Offizierbande, und die der Regierung nicht in den Arm fielen, als sie den Bund mit der Soldateska neu knüpfte. (Und die leichtgläubige KPD. ist nicht weniger schuld. D. Herausg.)

Arbeiter! Genossen! Nicht genug damit, daß die Ebert-Müller den Watter losgelassen auf das Proletariat des Ruhrreviers, sie haben gleichzeitig dadurch den französischen Nationalismus, den Marschall Foch, losgelassen gegen die Nation.

Frankfurt, Hanau, Darmstadt, Homburg sind von den französischen Truppen besetzt. Die französische Regierung erklärt, die Truppen solange dort zu halten, bis die Reichswehrtruppen wieder aus dem Ruhrrevier entfernt sind.

Die Ebert-Müller haben der französischen nationalistischen Regierung das erwünschte Sprungbrett zum Einmarsch gegeben, indem sie über die Köpfe Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten hinweg Sonderverhandlungen mit Frankreich anknüpften.

Die Ebert-Müller brachten es so fertig, daß der französische Einmarsch dem französischen Volke als Befreiung im Interesse des deutschen Proletariats dargestellt werden kann.

Zum Verbrechen gegen das Proletariat fügen die Ebert-Müller das Verbrechen gegen die gesamte Nation.

Neuer Landverlust, neue Kriegsgefahr: das ist das Ergebnis von acht Tagen innerer und äußerer Politik der Ebert-Müller.

Angesichts des weißen Schreckens im Ruhrrevier, angesichts des Landverrats der Ebert-Müller, könnt ihr nicht stumm, könnt ihr nicht untätig bleiben.

Wollt ihr, daß das Noske-Regiment wiederkehrt unter Ebert — Müller — Gessler?

Wollt ihr, daß der Leib der Nation weiter zerfetzt wird?

Wollt ihr neuen Krieg?

Wollt ihr, daß an Stelle des überstürzten der planmäßig vorbereitete Staatsstreich tritt?

Arbeiter! Genossen!

Schmach und Schande über euch, wenn ihr euch nicht jetzt von neuem erhebt gegen diese neuen Gefahren, die größer sind als die des 13. März.

Arbeiter! Genossen! Eure Losungen sind:

Sofortige Rückziehung, Entwaffnung und Auflösung aller Reichswehrtruppen, die gegen Arbeiter gekämpft haben und kämpfen, sei es im Ruhrrevier oder anderswo.

Sofortige Verhaftung aller meuternden und landesverräterischen Offiziere und aller derer, die ihnen helfen oder geholfen haben.

Sofortige Bewaffnung des revolutionären Proletariats, völlige Entwaffnung der Bourgeoisie.

Nieder mit Ebert-Müller!

Nieder mit den Proletariermördern und Landesverrättern!

Arbeiter! Genossen! Der Generalstreik ist die einzige Lösung der Lage. Werbt dafür mit aller Macht. Treibt die Zögernden vorwärts, bis alle Widerstände gegen eine neue Massenaktion überwunden sind.

Berlin, den 6. April 1920.

Zentrale der Komm. Partei Deutschlands.
(Spartakusbund.)

Rote Fahne vom 7. April 1920

Das Charakteristikum:

Am 1. 4. 20 sagt Walcher, daß sie aus klarer Einsicht den Streik nicht beschlossen haben. Am 7. 4. obiger Aufruf zum Generalstreik mit dem Hinweis von „heimtückischen Fallen“. Das Vertrauen zum Kabinett Müller (SPD.) am 1. 4. statt Generalstreik ist eine Geschichtsblindheit, die nicht zu überbieten ist.

Die nationale Note:

Man sagt: „sie haben gleichzeitig dadurch den französischen Nationalismus, den Marschall Foch, losgelassen gegen die Nation“. Weiter: „Zum Verbrechen gegen das Proletariat fügen die Ebert-Müller das Verbrechen gegen die gesamte Nation.“ „Wollt ihr, daß der Leib der Nation weiter zerfetzt wird?“

Das „wollen“ die Epigonen der Internationalisten Liebknecht und Luxemburg sein: Kretins.

Radek nach dem Kapp-Putsch

Als die Sozialdemokraten mit den Unabhängigen die Techtelmechtel über die Bildung einer Arbeiterregierung begannen, da war es die erste Pflicht der Kommunisten, die Proletarier vor diesem Spiel zu warnen. Die zweite

Pflicht bestand darin, zu versuchen, den Kampf weiterzutreiben. Erst wenn das nicht gelang und die Bildung einer Arbeiterregierung als reale Möglichkeit bevorstand, hatte die kommunistische Partei folgendes zu erklären: Die Mehrheit der Arbeiter hat sich für die Arbeiterregierung ausgesprochen; diese Arbeiterregierung wird ein Messer ohne Klinge, falls sie nicht ein Dolch gegen die Arbeiterklasse sein wird. Voll Mißtrauen zu ihr, bleiben wir Gewehr bei Fuß.

Radek: Die KPD. während der Kapptage. Kommunismus, Wien I, Nr. 30-31.

So sah in entscheidenden Tagen die Politik der KPD. aus.